

Inrichting	Vestigingsplaats	PC	Gemeente	Werking
EF ATHUS	RUE DE LORRAINE 44	6791	ATHUS	50.000
EF JEAN D'AVESNES	RUE CROISSETTE 77	7012	JEMAPPES	560.000
EF JEAN D'AVESNES	AVENUE DU ROI ALBERT 654	7012	JEMAPPES	
EF JEAN D'AVESNES	RUE SABLONNIERE 27	7012	JEMAPPES	
EF EUGENE MOUTON	RUE DE LA VICTOIRE 1	7070	LE ROEULX	230.000
TOTAAL				7.673.085

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 13 juli 2000 van de Franse Gemeenschap tot toekenning van een bijkomende dotatie voor het schooljaar 2000-2001 aan het onderwijsnet ingericht door de Franse Gemeenschap, in toepassing van artikel 8 van het decreet van 30 juni 1998 dat erop gericht is alle leerlingen gelijke kansen op sociale emancipatie te geven, inzonderheid door de invoering van maatregelen voor positieve discriminatie.

De Minister van Kinderwelzijn, belast met het Basisonderwijs,
de Opvang en de Opgaven toevertrouwd aan de O.N.E.,

J.-M. NOLLET

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2000 — 2829

[C — 2000/33089]

7. SEPTEMBER 2000 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Mediendekretes vom 26. April 1999

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Mediendekretes vom 26. April 1999, insbesondere die Artikel 2 § 4, 5 Absatz 2, 19, 20 § 6, 32 § 2, 39 § 2, 40 Nummer 4 und 5 sowie Artikel 49 § 3;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 1. Februar 2000;

Auf Grund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 2. Februar 2000;

Auf Grund des Beschlusses der Regierung vom 3. Februar 2000 über den Antrag auf Begutachtung durch den Staatsrat innerhalb einer Frist von höchstens einem Monat;

Auf Grund des am 4. Juli 2000 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nummer 1, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegebenen Gutachtens des Staatsrates (Nummer L.30.214/3);

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — *Begriffsbestimmungen*

Begriffsbestimmung

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter Dekret das Mediendekret vom 26. April 1999.

KAPITEL II — *Genehmigungsverfahren hinsichtlich der Ausstrahlung von Fernsehprogrammen*

Antragstellung

Art. 2 - Eine Handelsgesellschaft, die eine Genehmigung zur Ausstrahlung eines Fernsehprogramms beantragt, reicht diesen Antrag anhand eines Einschreibens ein.

Antragsinhalt

Art. 3 - Der Antrag enthält alle in Artikel 2 § 2 Nummer 4 des Dekretes angeführten Dokumente und Unterlagen und eine schriftliche Verpflichtung das Dekret und seine Ausführungsbestimmungen zu beachten.

Die Regierung kann, wenn sie feststellt, dass der Antrag nicht vollständig ist, weitere Dokumente anfordern, aus denen ersichtlich wird, dass der Antragsteller die in Artikel 2 § 2 Nummer 1 bis 3 des Dekretes angeführten Bedingungen erfüllt.

Begutachtung durch den Medienrat

Art. 4 - Die Regierung übermittelt den vollständigen Antrag dem Medienrat, der in Anwendung von Artikel 54 § 1 Nummer 1 a des Dekretes ein Gutachten abgibt.

Entscheidungsfrist und Entscheidung

Art. 5 - Innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Medienrates oder nach Ablauf der in Artikel 54 § 2 Absatz 2 des Dekretes angeführten Frist stellt die Regierung dem Antragsteller ihre Entscheidung zu.

KAPITEL III — *Genehmigung anderer Dienste als Hörfunk- und Fernsehdienste*

Genehmigungsbedingungen

Art. 6 - Um eine Genehmigung eines anderen Dienstes als den Hörfunk- und Fernsehdienst zu erhalten, muss eine juristische Person folgende Bedingungen erfüllen:

1. bei der juristischen Person handelt es sich um eine Handelsgesellschaft;
2. sie ist in Belgien niedergelassen.

Dies trifft in folgenden Fällen zu:

a) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung und werden die inhaltlichen und redaktionellen Entscheidungen in Zusammenhang mit dem angebotenen Dienst getroffen;

b) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden die inhaltlichen und redaktionellen Entscheidungen in Zusammenhang mit dem angebotenen Dienst getroffen, oder umgekehrt, und in Belgien ist ausschließlich ein wesentlicher Teil des Personals angesiedelt;

c) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden die inhaltlichen und redaktionellen Entscheidungen in Zusammenhang mit dem angebotenen Dienst getroffen und in beiden Staaten ist gleichzeitig ein wesentlicher Teil des Personals angesiedelt;

d) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Fernsehveranstalters, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden die inhaltlichen und redaktionellen Entscheidungen in Zusammenhang mit dem angebotenen Dienst getroffen, oder umgekehrt, in keinem der beiden Staaten ist ein wesentlicher Teil des Sendepersonals angesiedelt und der Fernsehveranstalter hat in Belgien zum einen zuerst mit der Sendetätigkeit gemäß dem belgischen Rechtssystem begonnen und zum anderen besteht eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft Belgiens weiter;

e) die Hauptverwaltung befindet sich in Belgien, die inhaltlichen und redaktionellen Entscheidungen in Zusammenhang mit dem angebotenen Dienst werden in einem Drittland getroffen, oder der umgekehrte Fall liegt vor, und ein wesentlicher Teil des Personals ist in Belgien tätig;

f) auf die Handelsgesellschaft treffen a bis e nicht zu und sie nutzt eine von Belgien zugeteilte Frequenz;

g) auf die Handelsgesellschaft treffen a bis e nicht zu, sie nutzt keine von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugeteilte Frequenz, sie nutzt jedoch eine Belgien gehörende Übertragungskapazität eines Satelliten;

h) auf die Handelsgesellschaft treffen a bis e nicht zu, sie nutzt keine von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugeteilte Frequenz oder Übertragungskapazität eines Satelliten, sie nutzt jedoch eine Erd-Satelliten-Sendestation in Belgien;

i) auf die Handelsgesellschaft treffen a bis h nicht zu und in Belgien ist sie gemäß Artikel 52 ff. des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft niedergelassen;

3. die Hauptverwaltung der Handelsgesellschaft befindet sich im deutschen Sprachgebiet oder im deutschen Sprachgebiet werden die inhaltlichen und redaktionellen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem angebotenen Dienst getroffen;

4. der Dienst beinhaltet ein bedeutendes Angebot auf kommerzieller, bildender, sozialer oder kultureller Ebene;

5. die Handelsgesellschaft reicht jährlich einen Tätigkeitsbereich bei der Regierung ein.

Antragstellung

Art. 7 - Die Handelsgesellschaft reicht einen Genehmigungsantrag anhand eines Einschreibens ein.

Antragsinhalt

Art. 8 - Der Antrag gibt Auskunft über die Rechtsform und enthält weiter die Satzungen, die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre, die genaue Zusammensetzung des Aktienkapitals sowie der Verwaltungsorgane oder die entsprechenden Unterlagen, eine ausführliche inhaltliche Beschreibung des Dienstes, die Übertragungsart des Dienstes hin zu den Nutzern, die möglichen Tarife und Gebühren, die anderen Genehmigungen, die man vielleicht besitzt, die Gesamtheit der Angaben, die eine Bearbeitung des Antrags ermöglichen und eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret und seine Ausführungsbestimmungen zu beachten.

Die Regierung kann, wenn sie feststellt, dass der Antrag nicht vollständig ist, weitere Dokumente anfordern, aus denen ersichtlich wird, dass der Antragsteller die in Artikel 6 angeführten Bedingungen erfüllt.

Begutachtung durch den Medienrat

Art. 9 - Die Regierung übermittelt den vollständigen Antrag dem Medienrat, der in Anwendung von Artikel 54 § 1 Nummer 1 c des Dekretes ein Gutachten abgibt.

Entscheidungsfrist und Entscheidung

Art. 10 - Innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Medienrates oder nach Ablauf der in Artikel 54 § 2 Absatz 2 des Dekretes angeführten Frist stellt die Regierung dem Antragsteller ihre Entscheidung zu.

Genehmigungsumfang

Art. 11 - Die Genehmigung ist persönlich, eine Weitergabe an Drittpersonen ist ausschließlich mit dem vorherigen schriftlichen Einverständnis der Regierung möglich.

Genehmigungsdauer

Art. 12 - Die Genehmigung gilt bis zum Ende des zwölften Ziviljahres, das dem der Erteilung der Genehmigung folgt. Sie wird jedes Mal stillschweigend um weitere 6 Jahre verlängert, falls die Regierung sie nicht aufkündigt oder die juristische Person nicht eine Verzichtleistung übermittelt. Kündigung oder Verzichtleistung müssen per Einschreibebrief im Laufe des ersten Semesters des letzten Gültigkeitsjahres zugestellt werden.

KAPITEL IV — *Genehmigungsverfahren hinsichtlich der Errichtung und Nutzung von Kabelnetzen*

Antragstellung

Art. 13 - Eine juristische Person, die eine Genehmigung zur Errichtung oder Nutzung eines Kabelnetzes beantragt, reicht diesen Antrag anhand eines Einschreibens ein.

Antragsinhalt

Art. 14 - Der Antrag enthält alle in Artikel 20 § 2 Nummer des Dekretes angeführten Dokumente und Unterlagen und eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret und seine Ausführungsbestimmungen zu beachten.

Die Regierung kann, wenn sie feststellt, dass der Antrag nicht vollständig ist, weitere Dokumente anfordern, aus denen ersichtlich wird, dass der Antragsteller die in Artikel 2 § 2 Nummer 1 des Dekretes angeführten Bedingungen erfüllt.

Begutachtung durch den Medienrat

Art. 15 - Die Regierung übermittelt den vollständigen Antrag dem Medienrat, der in Anwendung von Artikel 54 § 1 Nummer 1 d des Dekretes ein Gutachten abgibt.

Entscheidungsfrist und Entscheidung

Art. 16 - Innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Medienrates oder nach Ablauf der in Artikel 54 § 2 Absatz 2 des Dekretes angeführten Frist stellt die Regierung dem Antragsteller ihre Entscheidung zu.

KAPITEL V — *Konzession technischer Verbreitungsinfrastrukturen*

Antragstellung

Art. 17 - Ein Fernsehveranstalter, der eine Konzession technischer Verbreitungsinfrastrukturen beantragt, reicht diesen Antrag anhand eines Einschreibens ein.

Antragsinhalt

Art. 18 - Der Antrag enthält:

1. die Genehmigung des Fernsehveranstalters seitens einer belgischen Behörde, eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Staates, der Partner des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist;
2. Angaben über die Rechtsform und die Satzungen, die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre, die genaue Zusammensetzung des Aktienkapitals sowie der Verwaltungsorgane oder die entsprechenden Unterlagen, das Programmschema, die Übertragungsart des Programms hin zu den Nutzern, eine ausführliche inhaltliche Beschreibung des Projektes, die anderen Genehmigungen, die man vielleicht besitzt, die Gesamtheit der Angaben, die eine Bearbeitung des Antrags ermöglichen und eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret und seine Ausführungsbestimmungen zu beachten.

Die Regierung kann, wenn sie feststellt, dass der Antrag nicht vollständig ist, weitere Dokumente anfordern.

Entscheidungsfrist und Entscheidung

Art. 19 - Innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags stellt die Regierung dem Antragsteller ihre Entscheidung zu.

KAPITEL VI — *Genehmigung von Privatsendern*

Antragstellung

Art. 20 - Eine juristische Person, die die Genehmigung eines Privatsenders beantragt, reicht diesen Antrag anhand eines Einschreibens ein.

Antragsinhalt

Art. 21 - Der Antrag enthält folgende Unterlagen:

1. die Rechtsform des Antragstellers, die Satzungen, gegebenenfalls die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre sowie die genaue Zusammensetzung des Aktienkapitals, die Zusammensetzung der Verwaltungsorgane;
2. die Bezeichnung des Privatsenders;
3. die Angabe des geographischen Standortes der Produktions- und Sendeeinrichtungen;
4. die Marke und der Typ des Senders sowie seine Homologierungsnummer oder ein Messungsbericht entsprechend den von der zuständigen föderalen Behörde festgelegten Regeln;
5. die Marke, der Typ und die Eigenschaften der Antenne sowie die vorgesehene Höhe oberhalb der durchschnittlichen Höhe des Bodens;
6. der Typ und die Länge des Verbindungskabels zwischen Sender und Antenne;
7. das vorgesehene Programmschema;
8. die Angabe des Sendezeichens;
9. im Falle der Ausstrahlung von Nachrichtensendungen, die Namen des oder der Berufsjournalisten oder der Personen, die unter den Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten zu werden, die sich zum Zeitpunkt des Antrages schriftlich für die ausgestrahlten Nachrichten verantwortlich zeichnen;
10. eine Verpflichtung, personelle Änderungen des verantwortlichen Berufsjournalisten im Sinne der Nummer 9 umgehend namentlich und schriftlich mitzuteilen;
11. eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret und seine Ausführungsbestimmungen zu beachten.

Die Regierung kann, wenn sie feststellt, dass der Antrag nicht vollständig ist, weitere Dokumente anfordern.

Begutachtung durch den Medienrat

Art. 22 - Die Regierung übermittelt den vollständigen Antrag dem Medienrat, der in Anwendung von Artikel 54 § 1 Nummer 1 j des Dekretes ein Gutachten abgibt.

Entscheidungsfrist und Entscheidung

Art. 23 - Innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Medienrates stellt die Regierung dem Antragsteller ihre Entscheidung zu.

Angabe des Berufsjournalisten

Art. 24 - Im Falle der Ausstrahlung von Nachrichtensendungen werden die Namen des oder der verantwortlichen Berufsjournalisten entsprechend Artikel 21 Nummer 9 zum Zeitpunkt der Abgabe in dem in Artikel 40 Nummer 5 des Dekretes angeführten Tätigkeitsbericht genannt.

KAPITEL VII — *Schutz und Veranschaulichung der deutschen Sprache
und Veranschaulichung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den genehmigten Fernsehprogrammen*

Vereinbarungsabschluss

Art. 25 - Gleichzeitig mit der Genehmigung der Ausstrahlung eines Fernsehprogramms schließt die Regierung eine Vereinbarung mit dem Fernsehveranstalter, welche die Veranschaulichung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Schutz und die Veranschaulichung der deutschen Sprache zum Gegenstand hat.

Vereinbarungsinhalt

Art. 26 - § 1 - Die Vereinbarung enthält die Verpflichtung des Fernsehveranstalters, einen gewissen prozentualen Anteil der Sendungen in deutscher Sprache auszustrahlen.

Der Anteil liegt zwischen 10 % und 50 %, wobei er unter anderem unter Berücksichtigung der Art des Programms festgelegt wird. Der Anteil wird pro Monat bestimmt. Die Vereinbarung kann ebenfalls den Zeitpunkt der Ausstrahlung näher bestimmen.

§ 2 - Die Vereinbarung enthält die Verpflichtung des Fernsehveranstalters, in einem gewissen Teil der Sendungen die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten oder durch Zuschuss geförderten Kulturträger sowie Künstler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu berücksichtigen.

§ 3 - Die Vereinbarung enthält die Verpflichtung des Fernsehveranstalters, Sendungen über die Deutschsprachige Gemeinschaft auszustrahlen.

§ 4 - Die in § 2 und § 3 angeführten Anteile liegen zusammen zwischen 5% und 25%, wobei sie unter anderem unter Berücksichtigung der Art des Programms festgelegt werden. Die Anteile werden pro Woche bestimmt. Die Vereinbarung kann ebenfalls den Zeitpunkt der Ausstrahlung näher bestimmen.

Anpassung

Art. 27 - Die Vereinbarung kann während des Zeitraums der Genehmigung des Fernsehprogramms angepasst werden.

KAPITEL VIII — *Aufwertung der Kultur und der Künstler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft
und den Nachbarregionen durch Privatsender*

Vereinbarung

Art. 28 - Gleichzeitig mit der Genehmigung als Privatsender schließt die Regierung mit dem Privatsender eine Vereinbarung, welche die Aufwertung der Kultur und der Künstler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Nachbarregionen zum Gegenstand hat.

Die Vereinbarung enthält die Verpflichtung des Privatsenders, täglich zwischen 6 und 22 Uhr in einem gewissen Teil der Sendungen die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Kulturträger sowie Künstler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft und aus den Nachbarregionen aufzuwerten.

Der Anteil liegt zwischen 5% und 25%, wobei er unter anderem unter Berücksichtigung der Art des Senders und der Art des Programms festgelegt wird.

KAPITEL IX — *Bezuschussung von Privatsendern hinsichtlich der Erstellung von Nachrichten*

Zuschuss

Art. 29 - Ein Privatsender erhält im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen Zuschuss auf das Gehalt oder das Honorar eines Journalisten, der für den Sender Nachrichten erstellt.

Bezuschussungsbedingungen

Art. 30 - Es gelten folgende Zuschussbedingungen:

1. bei dem Journalisten handelt es sich um einen Berufsjournalisten oder um eine Person, die unter den Bedingungen arbeitet, die es ermöglichen, Berufsjournalist gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten zu werden;
2. der Journalist hat mit dem Privatsender einen Arbeitsvertrag oder einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen;
3. der Privatsender strahlt täglich mindestens 8 Nachrichtensendungen aus, deren Dauer mindestens jeweils drei Minuten beträgt und die unter der Verantwortung des Journalisten erstellt werden, auf dessen Gehalt oder Honorar ein Zuschuss gewährt wird.

Bezuschussungshöhe

Art. 31 - Der Zuschuss für den Privatsender besteht aus Tagessätzen von jeweils 2400 Franken, wobei der Zuschussbetrag zwecks Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten multipliziert werden kann.

Bezuschussungsnachweise

Art. 32 - Die Privatsender reichen alle erforderlichen Belege sowie eine Abschrift des Arbeits- oder des Dienstleistungsvertrages ein.

KAPITEL X — *Aufhebungs- und Schlussbestimmungen*

Aufhebung

Art. 33 - Der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. Juli 1987 über die Anerkennung der freien lokalen Rundfunksender wird aufgehoben.

Inkrafttreten

Art. 34 - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Durchführung

Art. 35 - Der für Medien zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt. Eupen, den 7. September 2000

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2000 — 2829

[C — 2000/33089]

7 SEPTEMBRE 2000. — Arrêté du Gouvernement portant exécution du décret sur les médias du 26 avril 1999

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret sur les médias du 26 avril 1999, notamment les articles 2, § 4, 5, alinéa 2, 19, 20, § 6, 32, § 2, 39, § 2, 40, 4° et 5° et l'article 49, § 3;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 1^{er} février 2000;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 2 février 2000;

Vu la délibération du Gouvernement en date du 3 février 2000 concernant la demande adressée au Conseil d'Etat pour qu'il rende un avis dans un délai d'un mois au plus;

Vu l'avis n° L.30.214/3 du Conseil d'Etat émis le 4 juillet 2000 en application de l'article 84, alinéa 1, 1°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;
Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE Ier. — *Définitions*

Définition

Article 1^{er}. Pour l'application du présent décret, l'on entend par «décret» le décret sur les médias du 26 avril 1999.

CHAPITRE II. — *Procédure d'autorisation pour la diffusion de programmes de télévision*

Introduction de la demande

Art. 2. Une société commerciale qui demande l'autorisation de diffuser un programme de télévision introduit cette demande par recommandé.

Contenu de la demande

Art. 3. La demande contient tous les documents énoncés à l'article 2, § 2, 4°, du décret et un engagement écrit d'observer le décret et ses dispositions d'exécution.

Le Gouvernement peut, s'il constate que la demande n'est pas complète, solliciter d'autres documents permettant de constater que le demandeur remplit les conditions énoncées à l'article 2, § 2, 1° à 3°, du décret.

Avis rendu par le Conseil des médias

Art. 4. Le Gouvernement transmet la demande complète au Conseil des médias, qui émet un avis en application de l'article 54, § 1^{er}, 1 a du décret.

Délai de décision et décision

Art. 5. Dans les 60 jours de la réception de l'avis émis par le Conseil des médias ou à l'expiration du délai fixé à l'article 54, § 2, alinéa 2, du décret, le Gouvernement notifie sa décision au demandeur.

CHAPITRE III. — *Autorisation d'autres services que les services de radiodiffusion sonore et télévisuelle*

Conditions d'autorisation

Art. 6. Pour obtenir une autorisation d'un autre service qu'un service de radiodiffusion sonore et télévisuelle, une personne morale doit remplir les conditions suivantes :

1° la personne morale doit être constituée en société commerciale;

2° elle doit être implantée en Belgique.

C'est censé être le cas lorsque :

a) son siège social est situé en Belgique et les décisions relatives au contenu et à la rédaction du service proposé sont prises en Belgique;

b) son siège social est situé en Belgique, les décisions relatives au contenu et à la rédaction du service proposé sont prises dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, ou vice-versa, et seule une part importante du personnel opère en Belgique;

c) son siège social est situé en Belgique, les décisions relatives au contenu et à la rédaction du service proposé sont prises dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen et une part importante du personnel opère simultanément dans les deux Etats;

d) l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a son siège social en Belgique, les décisions relatives au contenu et à la rédaction du service proposé sont prises dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, ou vice-versa, une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle n'opère dans aucun de ces Etats et d'une part l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a commencé l'activité de diffusion selon le système juridique belge et d'autre part un lien durable et réel avec l'économie belge continue d'exister;

e) son siège social est situé en Belgique, les décisions relatives au contenu et à la rédaction du service proposé sont prises dans un pays tiers, ou vice-versa, et une part importante du personnel opère en Belgique;

f) les points a) à e) ne s'appliquent pas à la société commerciale et celle-ci utilise une fréquence assignée par la Belgique;

g) les points a) à e) ne s'appliquent pas à la société commerciale et celle-ci n'utilise aucune fréquence assignée par un autre Etat membre de la Communauté européenne ou par un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, mais utilise la capacité de transmission d'un satellite appartenant à la Belgique;

h) les points a) à e) ne s'appliquent pas à la société commerciale et celle-ci n'utilise aucune fréquence assignée par un autre Etat membre de la Communauté européenne ou par un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen ni la capacité de transmission d'un satellite, mais utilise une station de diffusion "terre-satellite" en Belgique;

i) les points a) à h) ne s'appliquent pas à la société commerciale et celle-ci est implantée en Belgique conformément aux articles 52 et suivants du Traité instituant la Communauté européenne;

3° la société commerciale doit avoir son siège social en région de langue allemande ou les décisions relatives au contenu et à la rédaction du service proposé doivent y être prises;

4° le service comporte une offre significative au niveau commercial, formatif, social ou culturel;

5° la société commerciale introduit annuellement un rapport d'activités auprès du Gouvernement.

Introduction de la demande

Art. 7. La société commerciale introduit une demande d'autorisation par recommandé.

Contenu de la demande

Art. 8. La demande donne des indications quant à la forme juridique et contient de plus les statuts, les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices, la composition précise de l'actionnariat et des organes d'administration ou les documents correspondants, une description détaillée quant au contenu du service fourni, le mode de transmission du service à l'utilisateur, les tarifs et redevances éventuels, les autres autorisations éventuellement détenues, l'ensemble des renseignements susceptibles de permettre le traitement de la demande et un engagement écrit d'observer le décret et ses dispositions d'exécution.

Le Gouvernement peut, s'il constate que la demande n'est pas complète, solliciter d'autres documents permettant de constater que le demandeur remplit les conditions énoncées à l'article 6.

Avis rendu par le Conseil des médias

Art. 9. Le Gouvernement transmet la demande complète au Conseil des médias, lequel émet un avis en application de l'article 54, § 1^{er}, 1 c du décret.

Délai de décision et décision

Art. 10. Dans les 60 jours de la réception de l'avis émis par le Conseil des médias ou à l'expiration du délai fixé à l'article 54, § 2, alinéa 2, du décret, le Gouvernement notifie sa décision au demandeur.

Portée de l'autorisation

Art. 11. L'autorisation est personnelle et ne peut être cédée à un tiers que moyennant l'accord écrit et préalable du Gouvernement.

Durée de validité de l'autorisation

Art. 12. L'autorisation est valable jusqu'à la fin de la douzième année civile qui suit la délivrance de l'autorisation. Elle est ensuite prorogée tacitement pour des périodes successives de six ans, sauf résiliation par le Gouvernement ou renonciation anticipative par la personne morale. La résiliation ou la renonciation doivent être notifiées par lettre recommandée envoyée au cours du premier semestre de la dernière année de validité de l'autorisation.

CHAPITRE IV. — Procédure d'autorisation pour l'installation et l'utilisation de réseaux câblés

Introduction de la demande

Art. 13. Une personne morale qui demande une autorisation pour l'installation et l'utilisation d'un réseau câblé introduit une demande d'autorisation par recommandé.

Contenu de la demande

Art. 14. La demande contient tous les documents énoncés à l'article 20, § 2, 2°, du décret et un engagement écrit d'observer le décret et ses dispositions d'exécution.

Le Gouvernement peut, s'il constate que la demande n'est pas complète, solliciter d'autres documents permettant de constater que le demandeur remplit les conditions énoncées à l'article 2, § 2, 1°, du décret.

Avis rendu par le Conseil des médias

Art. 15. Le Gouvernement transmet la demande complète au Conseil des médias, lequel émet un avis en application de l'article 54, § 1^{er}, 1 d du décret.

Délai de décision et décision

Art. 16. Dans les 60 jours de la réception de l'avis émis par le Conseil des médias ou à l'expiration du délai fixé à l'article 54, § 2, alinéa 2 du décret, le Gouvernement notifie sa décision au demandeur.

CHAPITRE V. — *Concession d'infrastructures techniques de transmission*

Introduction de la demande

Art. 17. Un organisme de radiodiffusion télévisuelle qui demande une concession d'infrastructures techniques de transmission introduit cette demande par recommandé.

Contenu de la demande

Art. 18. La demande contient :

1° l'autorisation de l'organisme de radiodiffusion télévisuelle par une autorité belge, par un autre Etat membre de l'Union européenne ou un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen;

2° des indications quant à la forme juridique, les statuts, les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices, la composition précise de l'actionnariat et des organes d'administration ou les documents correspondants, la grille des programmes, le mode de transmission du service à l'utilisateur, une description détaillée du projet quant à son contenu, les autres autorisations éventuellement détenues, l'ensemble des renseignements susceptibles de permettre le traitement de la demande et un engagement écrit d'observer le décret et ses dispositions d'exécution.

Le Gouvernement peut, s'il constate que la demande n'est pas complète, solliciter d'autres documents.

Délai de décision et décision

Art. 19. Dans les 60 jours de la réception de la demande complète, le Gouvernement notifie sa décision au demandeur.

CHAPITRE VI. — *Autorisation de radios privées*

Introduction de la demande

Art. 20. Une personne morale qui demande l'autorisation d'une radio privée introduit une demande d'autorisation par recommandé.

Contenu de la demande

Art. 21. La demande contient les renseignements suivants :

1° la forme juridique du demandeur, les statuts et, le cas échéant, les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices ainsi que la composition précise de l'actionnariat et des organes d'administration;

2° la dénomination de la radio privée;

3° le lieu d'implantation géographique des installations de production et d'émission;

4° la marque et le type de l'émetteur ainsi que son numéro d'homologation ou un rapport de mesurage répondant aux règles fixées par l'autorité fédérale compétente;

5° la marque, le type et les caractéristiques de l'antenne ainsi que la hauteur moyenne par rapport au niveau du sol;

6° le type et la longueur des câbles reliant l'émetteur et l'antenne;

7° la grille des programmes prévue;

8° l'indicatif;

9° dans le cas de la transmission d'émissions d'actualités, les noms du ou des journaliste(s) professionnel(s) ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste qui, au moment de la demande, signent en tant que responsable(s) de l'information diffusée;

10° un engagement de communiquer sans délai, par écrit et nommément, toute modification intervenue au niveau du personnel en ce qui concerne le ou les journalistes professionnels responsables au sens du point 9°;

11° un engagement écrit d'observer le décret et ses dispositions d'exécution.

Le Gouvernement peut, s'il constate que la demande n'est pas complète, solliciter d'autres documents.

Avis rendu par le Conseil des médias

Art. 22. Le Gouvernement transmet la demande complète au Conseil des médias, lequel émet un avis en application de l'article 54, § 1^{er}, 1 j du décret.

Délai de décision et décision

Art. 23. Dans les 60 jours de la réception de l'avis émis par le Conseil des médias, le Gouvernement notifie sa décision au demandeur.

Indication des journalistes professionnels

Art. 24. En cas de diffusion d'émissions d'actualités, les noms du ou des journaliste(s) professionnel(s) responsable(s) conformément à l'article 21, 9° sont cités au moment de la remise du rapport d'activités visé à l'article 40, 5° du décret.

CHAPITRE VII. — *Protection et illustration de la langue allemande et illustration de la Communauté germanophone dans les programmes télévisés autorisés*

Conclusion de la convention

Art. 25. Parallèlement à l'autorisation de diffuser un programme télévisé, le Gouvernement conclut avec l'organisme de radiodiffusion télévisuelle une convention ayant pour objet l'illustration de la Communauté germanophone et la protection et l'illustration de la langue allemande.

Contenu de la convention

Art. 26. § 1^{er}. La convention contient l'engagement de l'organisme de radiodiffusion télévisuelle de diffuser un certain pourcentage d'émissions en langue allemande.

La part sera de 10 à 50 % suivant, entre autres, la nature du programme. La part sera déterminée mensuellement. La convention peut également préciser le moment de la diffusion.

§ 2. La convention contient l'engagement de l'organisme de radiodiffusion télévisuelle de tenir compte, dans une certaine part des émissions, des opérateurs culturels reconnus ou subsidiés par la Communauté germanophone ainsi que des artistes originaires de la Communauté germanophone.

§ 3. La convention contient l'obligation de l'organisme de radiodiffusion télévisuelle de diffuser des émissions relatives à la Communauté germanophone.

§ 4. Ensemble, les parts visées aux §§ 2 et 3 représentent entre 5 et 25 % suivant, entre autres, la nature du programme. Les parts sont déterminées par semaine. La convention peut également préciser le moment de la diffusion.

Adaptation

Art. 27. La convention peut être adaptée durant la période où le programme télévisé est autorisé.

CHAPITRE VIII. — *Promotion par les radios privées de la culture et des artistes originaires de la Communauté germanophone et des régions limitrophes*

Convention

Art. 28. Parallèlement à l'autorisation comme radio privée, le Gouvernement conclut avec la radio privée une convention ayant pour objet la promotion de la culture et des artistes originaires de la Communauté germanophone et des régions limitrophes.

La convention contient l'engagement de la radio privée de promouvoir journalièrement, entre 6 et 22 heures, dans une certaine part des émissions, les opérateurs culturels reconnus par la Communauté germanophone ainsi que les artistes originaires de la Communauté germanophone et des régions limitrophes.

La part représente entre 5 et 25 % suivant, entre autres, la nature de la radio et du programme.

CHAPITRE IX. — *Subsidiation de radios privées en vue de réaliser des émissions d'actualités*

Subsides

Art. 29. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, une radio privée reçoit un subside pour le traitement ou les honoraires d'un journaliste qui réalise pour elle des émissions d'actualités.

Conditions de subsidiation

Art. 30. Les conditions de subsidiation suivantes sont d'application :

1° en ce qui concerne le journaliste, il s'agit d'un journaliste professionnel ou d'une personne travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste;

2° le journaliste doit avoir conclu un contrat de travail ou de louage de services avec la radio privée;

3° la radio privée diffuse au moins 8 émissions d'actualités par jour dont la durée est d'au moins 3 minutes chacune et qui sont réalisées sous la responsabilité du journaliste pour le traitement ou l'honoraire duquel un subside est octroyé.

Montant de la subsidiation

Art. 31. Le subside pour les radios privées est constitué d'un taux journalier de 2 400 francs, le Gouvernement pouvant multiplier le montant par un coefficient afin de l'adapter aux crédits budgétaires disponibles.

Preuve de la subsidiation

Art. 32. Les radios privées introduisent tous les justificatifs nécessaires ainsi qu'une copie du contrat de travail ou de louage de services.

CHAPITRE X. — *Dispositions abrogatoires et finales*

Abrogation

Art. 33. L'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 9 juillet 1987 relatif à la reconnaissance des radios locales libres est abrogé.

Entrée en vigueur

Art. 34. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Exécution

Art. 35. Le Ministre compétent en matière de Médias est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 7 septembre 2000.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports

K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2000 — 2829

[C — 2000/33089]

7 SEPTEMBER 2000. — **Besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet over de media van 26 april 1999**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet over de media van 26 april 1999, inzonderheid op de artikelen 2, § 4, 5, lid 2, 19, 20, § 6, 32, § 2, 39, § 2, 40, 4° en 5° en 49, § 3;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 1 februari 2000;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 2 februari 2000;

Gelet op de beraadslaging van de Regering van 3 februari 2000 betreffende de aanvraag aan de Raad van State om binnen een termijn van ten hoogste één maand een advies uit te brengen;

Gelet op het advies nr. L.30.214/3 van de Raad van State, gegeven op 4 juli 2000 met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Definities*

Definitie

Artikel 1. Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder «decreet» het decreet over de media van 26 april 1999.HOOFDSTUK II. — *Vergunningsprocedure m.b.t. de uitzending van televisieprogramma's*

Indiening van de aanvraag

Art. 2. Een handelsmaatschappij die een vergunning om televisieprogramma's uit te zenden aanvraagt, dient de aanvraag per aangetekende brief in.

Inhoud van de aanvraag

Art. 3. De aanvraag omvat alle in artikel 2, § 2, 4°, van het decreet vermelde documenten, alsmede een schriftelijke verbintenis het decreet en zijn uitvoeringsbepalingen na te leven.

Indien de Regering vaststelt dat de aanvraag onvolledig is, kan zij bijkomende documenten vorderen waaruit blijkt dat de aanvrager aan de in artikel 2, § 2, 1° tot 3°, van het decreet vermelde voorwaarden voldoet.

Advies van de Mediaraad

Art. 4. De Regering maakt de volledige aanvraag aan de Mediaraad over, die met toepassing van artikel 54, § 1, 1 a van het decreet een advies uitbrengt.

Beslissingstermijn en beslissing

Art. 5. Binnen 60 dagen na ontvangst van het door de Mediaraad uitgebrachte advies of na het verstrijken van de termijn bepaald in artikel 54, § 2, lid 2, van het decreet betekent de Regering haar beslissing aan de aanvrager.HOOFDSTUK III. — *Vergunning voor andere diensten dan radio-omroepdiensten en televisiediensten*

Vergunningsvoorwaarden

Art. 6. Om een vergunning voor een andere dan een radio-omroepdienst of televisiedienst te verkrijgen, dient een rechtspersoon aan volgende voorwaarden te voldoen :

1° de rechtspersoon moet als handelsmaatschappij opgericht zijn;

2° zijn zetel is bevestigd in België.

Het wordt geacht het geval te zijn als volgende voorwaarden vervuld zijn :

a) zijn hoofdkantoor bevindt zich in België en de inhoudelijke en redactionele beslissingen m.b.t. de aangeboden dienst worden in België genomen;

b) zijn hoofdkantoor bevindt zich in België, de inhoudelijke en redactionele beslissingen m.b.t. de aangeboden dienst worden genomen in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte - of andersom - en slechts een aanzienlijk deel van het personeel is in België werkzaam;

c) zijn hoofdkantoor bevindt zich in België, de inhoudelijke en redactionele beslissingen m.b.t. de aangeboden dienst worden genomen in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte en een aanzienlijk deel van het personeel is tegelijk in beiden staten werkzaam;

d) de televisieomroeporganisatie heeft haar hoofdkantoor in België, de inhoudelijke en redactionele beslissingen m.b.t. de aangeboden dienst worden genomen in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte - of andersom -, een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is in geen van deze staten werkzaam, de televisieomroeporganisatie is echter met haar omroepactiviteiten volgens het Belgische rechtstelsel begonnen en onderhoudt een duurzame en reële band met de Belgische economie;

e) zijn hoofdkantoor bevindt zich in België, de inhoudelijke en redactionele beslissingen m.b.t. de aangeboden dienst worden in een derde staat genomen — of andersom — en een aanzienlijk deel van het personeel is in België werkzaam;

f) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de handelsmaatschappij en deze gebruikt een door België toegekende frequentie;

g) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de handelsmaatschappij, deze gebruikt geen door een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of door een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte toegekende frequentie, maakt echter gebruik van een satellietcapaciteit behorende tot België;

h) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de handelsmaatschappij, deze gebruikt geen door een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of door een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte toegekende frequentie of satellietcapaciteit, maakt echter gebruik van een aarde-satelliet-verbinding in België;

i) de letters a) tot h) zijn niet van toepassing op de handelsmaatschappij en deze is in België gevestigd overeenkomstig de artikels 52 en volgende van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap;

3° ofwel moet de handelsmaatschappij haar hoofdkantoor in het Duitse taalgebied hebben, ofwel moeten de inhoudelijke en redactionele beslissingen m.b.t. de aangeboden dienst daar worden genomen;

4° de dienst omvat een aanzienlijk aanbod op commercieel, vormend, sociaal en cultureel gebied;

5° de handelsmaatschappij dient jaarlijks een activiteitenverslag bij de Regering in.

Indiening van de aanvraag

Art. 7. De handelsmaatschappij dient een aanvraag om vergunning per aangetekende brief in.

Inhoud van de aanvraag

Art. 8. De aanvraag bevat informatie over de rechtsvorm en omvat ook de statuten, de balansen en de jaarrekeningen over de laatste drie dienstjaren, de precieze samenstelling van het aandelenkapitaal en van de bestuursapparaten of de desbetreffende stukken, een omstandige inhoudelijke omschrijving van de aangeboden dienst, de wijze waarop deze aan de gebruiker wordt doorgegeven, de eventuele prijzen en taksen, de desgevallend al verleende vergunningen alsmede alle gegevens die voor de behandeling van de aanvraag dienstig kunnen zijn en een schriftelijke verbintenis het decreet en zijn uitvoeringsbepalingen na te leven.

Indien de Regering vaststelt dat de aanvraag onvolledig is, kan zij bijkomende documenten vorderen waaruit blijkt dat de aanvrager aan de in artikel 6 vermelde voorwaarden voldoet.

Advies van de Mediaraad

Art. 9. De Regering maakt de volledige aanvraag aan de Mediaraad over, die met toepassing van artikel 54, § 1, 1 c van het decreet een advies uitbrengt.

Beslissingstermijn en beslissing

Art. 10. Binnen 60 dagen na ontvangst van het door de Mediaraad uitgebrachte advies of na het verstrijken van de termijn bepaald in artikel 54, § 2, lid 2, van het decreet betekent de Regering haar beslissing aan de aanvrager.

Draagwijdte van de vergunning

Art. 11. De vergunning is persoonlijk en mag aan een derde slechts overgedragen worden na schriftelijk akkoord van de Regering.

Geldigheidsduur van de vergunning

Art. 12. De vergunning is geldig tot het einde van het twaalfde kalenderjaar dat volgt op de uitreiking ervan. Ze wordt vervolgens stilzwijgend verlengd met opeenvolgende periodes van zes jaar, behoudens intrekking door de Regering of opzegging door de rechtspersoon. De intrekking of opzegging is te betekenen bij aangetekende brief in de loop van het eerste semester van het laatste jaar waar de vergunning geldig is.

HOOFDSTUK IV. — *Vergunningsprocedure m.b.t. het aanleggen en het exploiteren van kabelnetten*

Indiening van de aanvraag

Art. 13. Een rechtspersoon die een vergunning voor het aanleggen en het exploiteren van een kabelnet aanvraagt, dient de aanvraag per aangetekende brief in.

Inhoud van de aanvraag

Art. 14. De aanvraag omvat alle in artikel 20, § 2, 2°, van het decreet vermelde documenten, alsmede een schriftelijke verbintenis het decreet en zijn uitvoeringsbepalingen na te leven.

Indien de Regering vaststelt dat de aanvraag onvolledig is, kan zij bijkomende documenten vorderen waaruit blijkt dat de aanvrager aan de in artikel 2, § 2, 1°, van het decreet vermelde voorwaarden voldoet.

Advies van de Mediaraad

Art. 15. De Regering maakt de volledige aanvraag aan de Mediaraad over, die met toepassing van artikel 54, § 1, 1 d van het decreet een advies uitbrengt.

Beslissingstermijn en beslissing

Art. 16. Binnen 60 dagen na ontvangst van het door de Mediaraad uitgebrachte advies of na het verstrijken van de termijn bepaald in artikel 54, § 2, lid 2 van het decreet betekent de Regering haar beslissing aan de aanvrager.

HOOFDSTUK V. — *Concessie van technische uitzendingsinfrastructuren*

Indiening van de aanvraag

Art. 17. Een televisieomroeporganisatie die een concessie van technische uitzendingsinfrastructuren aanvraagt, dient de aanvraag per aangetekende brief in.

Inhoud van de aanvraag

Art. 18. De aanvraag omvat :

1° de vergunning van de televisieomroeporganisatie verleend door een Belgische overheid, een andere lidstaat van de Europese Unie of een staat die ondertekende partij is bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte;

2° gegevens over de rechtsvorm en de statuten, de balansen en jaarrekeningen over de laatste drie dienstjaren, de precieze samenstelling van het aandelenkapitaal en van de bestuursapparaten of de desbetreffende stukken, het programmaschema, de wijze waarop de dienst aan de gebruiker wordt doorgegeven, een omstandige inhoudelijke omschrijving van het project, de desgevallend al verleende vergunningen alsmede alle gegevens die voor de behandeling van de aanvraag dienstig kunnen zijn en een schriftelijke verbintenis het decreet en zijn uitvoeringsbepalingen na te leven.

Indien de Regering vaststelt dat de aanvraag onvolledig is, kan zij bijkomende documenten vorderen.

Beslissingstermijn en beslissing

Art. 19. Binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige aanvraag, betekent de Regering haar beslissing aan de aanvrager.

HOOFDSTUK VI. — Vergunning voor private radio's

Indiening van de aanvraag

Art. 20. Een rechtspersoon die een vergunning voor een private radio aanvraagt, dient de aanvraag per aangetekende brief in.

Inhoud van de aanvraag

Art. 21. De aanvraag omvat volgende inlichtingen :

1° de rechtsvorm van de aanvrager, de statuten, desgevallend de balansen en jaarrekeningen van de laatste drie dienstjaren alsmede de precieze samenstelling van het aandelenkapitaal en de samenstelling van de bestuursapparaten;

2° de benaming van de private radio;

3° de opstelplaats van de productie- en zendinstallaties;

4° de merk en het type van de zender alsmede zijn homologatienummer of een meetverslag conform de door de bevoegde federale overheid vastgelegde regels;

5° de merk, het type en de kenmerken van de antenne alsmede haar maximale hoogte, berekend t.o.v. van de grond;

6° het type en de lengte van de kabels tussen zender en antenne;

7° het geplande programmaschema;

8° de herkeningsmelodie;

9° indien nieuwsuitzendingen worden uitgezonden, de naam van de beroepsjournalist(en) of van de personen die onder de voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 betreffende de erkenning en de bescherming van de titel van beroepsjournalist, die op het ogenblik van de aanvraag zich schriftelijk verantwoordelijk verklaart/verklaren voor het uitgezonden nieuws;

10° een verbintenis elke personeelswijziging omtrent de in de zin van punt 9° verantwoordelijke beroepsjournalisten onmiddellijk bij naam en schriftelijk mede te delen;

11° een schriftelijke verbintenis het decreet en zijn uitvoeringsbepalingen na te leven.

Indien de Regering vaststelt dat de aanvraag onvolledig is, kan zij bijkomende documenten vorderen.

Advies van de Mediaraad

Art. 22. De Regering maakt de volledige aanvraag aan de Mediaraad mede, die met toepassing van artikel 54, § 1, 1 j van het decreet een advies uitbrengt.

Beslissingstermijn en beslissing

Art. 23. Binnen 60 dagen na ontvangst van het door de Mediaraad uitgebrachte advies betekent de Regering haar beslissing aan de aanvrager.

Vermelding van de beroepsjournalisten

Art. 24. In geval van nieuwsuitzendingen wordt de naam van de verantwoordelijke beroepsjournalist(en) overeenkomstig artikel 21, 9° vermeld op het ogenblik waar het in artikel 40, 5° vermelde activiteitenverslag wordt afgegeven.

HOOFDSTUK VII. — Bescherming en luister van de Duitse taal en luister van de Duitstalige Gemeenschap in de vergunde televisieprogramma's

Afsluiting van de overeenkomst

Art. 25. Parallel tot de vergunning om een televisieprogramma uit te zenden, sluit de Regering met de televisieomroeporganisatie een overeenkomst betreffende de luister van de Duitstalige Gemeenschap en de bescherming en de luister van de Duitse taal.

Inhoud van de overeenkomst

Art. 26. § 1. De overeenkomst omvat de verbintenis van de televisieomroeporganisatie een bepaald procentueel aandeel zendingen in het Duits door te geven.

Het aandeel dat o.a. naar de aard van het programma wordt vastgelegd, ligt tussen 10 % en 50 %. Het aandeel wordt maandelijks bepaald. De overeenkomst kan ook het ogenblik van de uitzending nader bepalen.

§ 2. De overeenkomst omvat de verbintenis van de televisieomroeporganisatie in een bepaald aandeel van de zendingen rekening te houden met de in de Duitstalige Gemeenschap erkende of gesubsidieerde culturele exploitanten alsmede met de kunstenaars van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 3. De overeenkomst omvat de verbintenis van de televisieomroeporganisatie zendingen over de Duitstalige Gemeenschap door te geven.

§ 4. De in de §§ 2 en 3 vermelde aandelen die o.a. naar de aard van het programma worden vastgelegd, bedragen te zamen tussen 5 en 25 %. De aandelen worden wekelijks bepaald. De overeenkomst kan ook het ogenblik van de uitzending nader bepalen.

Aanpassing

Art. 27. De overeenkomst kan tijdens de geldigheidsduur van de vergunning m.b.t. het televisieprogramma aangepast worden.

HOOFDSTUK VIII. — *Herwaardering van de cultuur en van de kunstenaars van de Duitstalige Gemeenschap en van de naburige streken door private radio's*

Overeenkomst

Art. 28. Parallel tot de toelating als private radio sluit de Regering met de private radio een overeenkomst over de herwaardering van de cultuur en van de kunstenaars van de Duitstalige Gemeenschap en van de naburige streken.

De overeenkomst omvat de verplichting voor de private radio's dagelijks tussen 6 en 22 uur in een bepaald aandeel van de zendingen de in de Duitstalige Gemeenschap erkende culturele exploitanten alsmede de kunstenaars van de Duitstalige Gemeenschap en van de naburige streken te herwaarderen.

Het aandeel dat o.a. naar de aard van de radio en van het programma wordt vastgelegd, ligt tussen 5 en 25 %.

HOOFDSTUK IX. — *Subsidiëring van private radio's voor de uitwerking van nieuwsuitzendingen*

Subsidie

Art. 29. Een private radio krijgt binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen een subsidie voor de loon of erelonen van een beroepsjournalist die op bevel van de radio nieuwsuitzendingen uitwerkt.

Subsidiëringsvoorwaarden

Art. 30. Volgende subsidiëringsvoorwaarden zijn van toepassing :

1. De journalist is een beroepsjournalist of een persoon die onder de voorwaarden werkt die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 betreffende de erkenning en de bescherming van de titel van beroepsjournalist.

2. De journalist heeft een arbeidsovereenkomst of een dienstenovereenkomst met de private radio afgesloten.

3. Per dag geeft de private radio ten minste 8 nieuwsuitzendingen van telkens tenminste 3 minuten, uitgewerkt onder de verantwoordelijkheid van de journalist voor wiens loon of ereloon een subsidie wordt toegekend.

Subsidiebedrag

Art. 31. De subsidie voor de private radio's bestaat uit een dagelijks forfaitair bedrag van 2 400 F; de Regering kan dit bedrag met een coëfficiënt vermenigvuldigen met het oog op zijn aanpassing aan de beschikbare begrotingsmiddelen.

Bewijs van de subsidiëring

Art. 32. De private radio's dienen alle nuttige bewijsstukken alsmede een afschrift van de arbeidsovereenkomst of van de dienstenovereenkomst in.

HOOFDSTUK X. — *Opheffings- en slotbepalingen*

Opheffing

Art. 33. Het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 9 juli 1987 betreffende de erkenning van de vrije lokale zenders wordt opgeheven.

Inwerkingtreding

Art. 34. Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het wordt aangenomen.

Uitvoering

Art. 35. De Minister bevoegd inzake Media is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 7 september 2000.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,

K.-H. LAMBERTZ